

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

## Erstarnte politische Sprache – absterbendes politisches System?

Linientreue, Abweichler und Klassenfeinde: Sprache in der DDR

*Ulrike Poppe*

### Ein Beitrag aus der Tagung:

Sprache und Politik

Bad Boll, 23. – 25. Oktober 2009, Tagungsnummer: 520609

Tagungsleitung: Kathinka Kaden

---

### Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2009 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll  
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll  
E-Mail: [info@ev-akademie-boll.de](mailto:info@ev-akademie-boll.de)  
Internet: [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

# Erstarrte politische Sprache – absterbendes politisches System?

Linientreue, Abweichler und Klassenfeinde: Sprache in der DDR

*Ulrike Poppe*

Auf dieser Tagung wird hauptsächlich die gegenwärtige Sprache in Politik und Medien in den Blick genommen. Dass vor 20 Jahren 16 Mill. Deutsche hinzugekommen sind, deren Sprache von einem anderen System geprägt wurde, kann dabei wohl nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Ich freue mich, dass sie hier im tiefen Westen auch diesen Aspekt mit einbeziehen, – das ist ganz und gar nicht selbstverständlich.

Vor einiger Zeit habe ich von einer Konferenz erfahren, die unter dem Titel veranstaltet wurde: »Friedensbewegung in Deutschland«. Dass es auch in der DDR eine unabhängige Friedensbewegung gab, aus der letztlich die Opposition hervorging, welche die Herbstrevolution maßgeblich prägte, war unbekannt.

Die Deutschen aus der DDR haben nicht nur ihre Erfahrungen mit kommunistischer Diktatur, mit Widerstand dagegen, mit fehlender Freiheit und wieder errungener Freiheit in die Deutsche Einheit eingebracht, sondern auch ihre Sprache. Es ist freilich keine andere Sprache, es wurde auch deutsch gesprochen. Aber an dem – relativ geringfügig sich unterscheidenden – Wortschatz und an den semantischen Verschiebungen, an verschiedenen Kommunikationsgewohnheiten, sind die Prägungen in unterschiedlichen Systemen durchaus noch wahrzunehmen.

Als Frau Kaden mich fragte, ob ich einen Vortrag über Sprache in der DDR halten würde, habe ich begeistert aber etwas unbedacht zugesagt. Was für ein Thema! Damit wollte ich mich schon immer einmal beschäftigen!

Als ich begann, nach Publikationen zur DDR-Sprache zu suchen, stellte ich fest, dass ziemlich viel darüber geschrieben worden ist, gute Analysen, z. B. von Wolf Oschlies, aber auch viel Oberflächliches, wie z. B. die Wörterbücher der DDR-Sprache. Es würde diesen Rahmen sprengen, einen umfassenden Überblick über die Sprachentwicklung, Sprachinstrumentalisierung und Sprachwirkung in 40 Jahren DDR-Zeit zu geben, – vor allem aber reicht dafür meine Kompetenz nicht aus. Ich bin keine Expertin und werde ein paar Beispiele aus der Literatur und aus meinem Gedächtnis nennen, in denen das Besondere der Sprachentwicklung in der DDR sichtbar wird und meine Gedanken dazu äußern. Und dann hoffe ich auf eine lebendige Diskussion.

Wer sich zu DDR-Zeiten mit der SED-Diktatur, mit kommunistischer Machtausübung und mit der Ideologie auseinandersetzte, diskutierte in der Regel auch über den Sprachgebrauch. Das »Zeitungsdeutsch« war grässlich, formelhaft, eintönig, sinnentleert. Darüber waren sich alle einig, sowohl in oppositionellen Kreisen, in der breiten Bevölkerung bis hin zur Parteiebene. Viele machten sich darüber lustig, persiflierten mancherlei Redewendungen, rissen Witze darüber.

Aber es war auch ein ernstes Thema. In wie weit färbt die Sprache der Ideologen auf die Alltagssprache ab und führt zu einer allgemeinen sprachlichen Verarmung und Verdummung? Wie weit greift die

Sprachnormierung, die Sprachregelung? Durch welche Wörter und Wortverbindungen wird die Wirklichkeit verschleiert und verfälscht? Wie wird mit Sprache manipuliert? Wie hat sich die Sprache in den 40 Jahren DDR verändert? Welche Russismen sind in die DDR-Sprache eingeflossen? Wieweit hat sich die Sprache in beiden deutschen Staaten auseinander entwickelt? Sprach man in Oppositionskreisen anders als in systemloyalen? Wie veränderte sich die Sprache Ende 1989, als die Medienkontrolle durch die SED aufgehoben wurde?

»*Glasnost statt Phrasnost*« lautete die Aufschrift auf einem der Transparente am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz. »*Wir haben unsere eigene Sprache wiedergefunden*«, schallte es von der Bühne auf eben dieser Kundgebung, und nicht nur dort wurden solche Sätze freudig gerufen, man konnte sie im 89er Herbst von Rostock bis Suhl vernehmen. »*Der Damm ist gebrochen, hinter dem das Wort, das freie, das wahre, das eigene Wort, solange gestaut und eingemauert war, bis ein ganzes Volk an seiner Sprachlosigkeit buchstäblich zu ersticken drohte.*« »*Macher haben den Wortdrechslern das Steuer entrissen*«- schrieb Jens Reich 1992 rückblickend auf den Systemumbruch.

## Zur Sprachentwicklung

Der politisch-ideologische Wortschatz in der DDR hat sich nicht ausschließlich in der Nachkriegszeit herausgebildet, sondern es wurde, wie im Westen auch, z. B. auf die die Sprache der 20er Jahre zurückgegriffen. In der SBZ und in der DDR wurde eher auf das im KPD- und SPD-Milieu vorherrschende Vokabular zurückgegriffen und im Westen mehr auf die Sprache des Bürgertums.

Für manches altkommunistische Wortgut wurden in der DDR allerdings neue Bezeichnungen gefunden. Statt *Parteisüberbung* wurde z. B. *Reinigung der Partei* (von parteischädlichen Elementen) verwendet. Vielleicht wollte man gar zu negative Assoziationen vermeiden, die ja durchaus auch bei treuen Genossen noch in den Köpfen waren.

## Lehnübersetzungen aus dem Russischen und russische Wörter

Ein Teil der neuen Wörter nach 1945 ist auf den Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen bzw. ist durch die aus der Sowjetemigration Zurückgekehrten in die SBZ hineingetragen worden. In der »Sprachpflege«, einer kleinen, in der DDR herausgegebenen Zeitschrift, ist 1965 eine Untersuchung über russisches lexikalisches Lehngut im deutschen Wortschatz erschienen.<sup>1</sup> Dieser zufolge kamen zwischen 1917 und 1933 etwa 62 lexikalische Einheiten nach Deutschland (z. B. *Bolschewik*, *Kollektivwirtschaft*, *Kulak*, 1945–50 waren es 417. Die meisten davon entstanden in der Zeit der SBZ und kurz danach. So z. B. das *Ambulatorium*, der *Brigadier*, die *Direktive*, die *Diversions* (Feindtätigkeit), der *Kader*, das *Kabinett* (Studierzimmer oder Fachraum in der Schule), die *Kombine* (Mähdrescher), das *Organ* (als Teil einer Institution, z. B. hieß das »Neue Deutschland« Organ des ZK der SED), die *Valuta* (Währung, Devisen) und das *Aktiv*, (z. B. gab es in jeder Schulklasse ein sogen. Elternaktiv) später auch die *Kosmonauten*.

Für Einrichtungen nach sowjetischem Modell übernahm man die Begriffe als Lehnübersetzungen oder im russischen Original: Beispiele dafür sind die Maschinen-Traktoren-Station (MTS), oder auch

<sup>1</sup> Siegfried Kohls, Russisches lexikalisches Lehngut im deutschen Wortschatz der letzten vier Jahrhunderte, in: Sprachpflege Nr. 8/1965, S. 161–164.

der *Subbotnik*. Der *Subbotnik* war ein mehr oder weniger freiwilliger Arbeitseinsatz an einem Sonntagabend. Dem Russischen angelehnt sind ebenfalls *Kaderabteilung* und *Produktionspropaganda*. Wolf Oschlies führt aus den bundesdeutschen Sprachforschung weitere Wortbildungen und Zusammensetzungen nach sowjetischem Muster an, wie *Arbeitsenthusiasmus*, *Selbstverpflichtung*, *Wanderfabne*, *Vorschlagswesen*, *das klassische Erbe aneignen*, *auf Friedenswacht stehen*, *Kriegsbrandstifter* u. a.<sup>2</sup>

Ich gehe davon aus, dass den Deutschen in der DDR nicht in vollem Umfang bewusst war, welche Worte aus dem Russischen kamen. Es sei denn, es handelte sich um original russische Wörter, für die es auch eine deutsche Bezeichnung gab, z. B. *Propusk*, der Ausweis. Dieser russische Begriff fand vor allem dort Anwendung, wo man auf die sowjetrussische Gepflogenheit anspielen wollte, sämtliche Bewegung mit einem dichten Netz an Ausweiskontrollen zu behindern. In diese Kategorie gehört sicher auch der »*Apparatschik*«, der Funktionär, der die Anweisung »von oben« entgegennimmt und sie stur ausführt bzw. »nach unten« durchstellt. Beides sind pejorativ gebrauchte Wörter. Die »*Nomenklatur*«, oder »*Nomenklatura*« (russ.), waren im DDR-Sprachgebrauch die nach Linientreue ausgewählten Führungskader, auch »*Nomenklaturkader*« genannt. Dieser, ursprünglich aus dem Lateinischen hergeleitete Begriff erfährt über den Umweg der Verwendung im Russischen seine spezifische Bedeutung für die sozialistischen Länder.

Ähnlich verhält es sich mit der *Intelligenz*. Die *Intelligenz* als soziale Schicht, ist sowohl eine Rückübersetzung aus dem Russischen, wurde aber auch zuweilen im Original gebraucht: »*Intelligenzija*«. Während die Bezeichnung »*Angehöriger der Intelligenz*« neutral gebraucht wurde, war *Akademiker* – in der heutigen Bundesrepublik allgemein gebräuchlich – ein Wort, das mit erheblichem Dünkel verbunden wurde. Als Selbstbezeichnung klang es sehr arrogant, als Fremdbezeichnung hatte es eine annähernd pejorative Konnotation.

Mit »*Intelligenzler*«, wie man sie auch nannte, wurden nicht nur die Hochschulabsolventen gemeint, sondern alle Geistesschaffende, die Kopfarbeiter, die sogenannten Weißkittel.

In den Klassenbüchern meiner Schulzeit stand übrigens hinter jedem Schülernamen in einer Extra-Spalte ein Großbuchstabe, der die soziale Herkunft auswies: A, (Arbeiter) oder B, (Bauern) oder AN, (Angestellte) H, (Handwerker) oder I, (Intelligenzler). Wer ein A hatte, konnte mit bevorzugten Bildungschancen rechnen. Ein »I« war nachteilig. (Ich wurde wegen eines »I« zunächst nicht zum Abitur zugelassen, weil mein Dorf sonst die Arbeiterquote für die Abiturstufe nicht erfüllen konnte.)

Ich erwähne diese Schulbuchgeschichte deshalb, weil daran die pragmatische Ausweitung der Wortbedeutung »*Arbeiter*« sichtbar wird. Ein »A« stand auch hinter den Namen jener Schüler, deren Eltern Parteifunktionäre oder bei der Staatssicherheit, der Nationalen Volksarmee oder der Polizei waren. Zwar gehörten diese Berufsgruppen im allgemeinen Verständnis durchaus nicht zur Arbeiterschaft, aber wenn es um die Studienplatzvergabe für ihre Kinder ging, konnte man schon mal eben eine zielgerichtete Begriffsausweitung vornehmen.

Manche russische Wörter haben auch Eingang in die Alltagssprache gefunden, die *Datscha* oder eingedeutscht: *Datsche*. Sie kennen das Wort? Es bezeichnet das Wochenendhaus, die Gartenlaube. Zu den Schlüsselbegriffen in der DDR gehörten die Lehnwörter aus dem Russischen: *Werkstätige*, (russisch: *trudjaščiesja*) und *Errungenschaft* (russ.: *dostiženie*). Als Werkstätige wurden zunächst alle Berufstätigen bezeichnet. Darüber hinaus blieb unklar, wer davon ausgeschlossen blieb. Ein DDR-Lexikon von 1957 definiert Werkstätige als »*alle Berufstätigen, die nicht ausbeuten – Gegensatz zu Ausbeutern*«.

<sup>2</sup> Wolf Oschlies, *Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR*, Berlin 1989, S. 27f.

Und die Errungenschaften? Mit denen wurden wir Ostdeutschen 40 Jahre in den Medien überhäuft. Viele entpuppten sich als *Potemkinsche Dörfer*. Makulatur. Fälschungen. Sind eigentlich die Potemkinschen Dörfer bekannt? Diese waren das Gleichnis für die Anstrengungen des Staates, mit allen Mitteln den schönen Schein von der Überlegenheit des sozialistischen Systems zu wahren, sei es auch mit Fassaden aus Pappmaschee.

## Sprache und Wahrheit

Agitation und Propaganda waren im Allgemeinen durchaus positive Begriffe. Die Menschen sollten davon überzeugt werden, dass die Machthaber die Interessen des Volkes vertreten, welche objektiv in der Weiterentwicklung des Sozialismus begründet sind. »Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.« – hieß die allgegenwärtige Parole. Aber wer befindet darüber, was Wahrheit ist? »Wahr ist, was der Partei dient.« so sah die parteiliche Wahrheit aus.

»Die Wahrheit ist nicht immer revolutionär« lässt Francesco Rosi 1975 am Schluss seines hervorragenden Filmes »Die Macht und ihr Preis« den KP-Funktionär aussagen. Er verkündet dieses Eingeständnis unter Guttusos riesigem Wandgemälde von der Beerdigung Palmiro Togliattis. »Aber, das würde doch bedeuten, dass das Volk nie die Wahrheit erfahren darf«, sagt Cusan. »Die Wahrheit ist nicht immer revolutionär«, erwidert der Funktionär in Umkehrung des berühmten Satzes von Antonio Gramsci. Also, manchmal muss um der guten Sache willen das Volk belogen werden. »Der Zweck rechtfertigt die Mittel.«

Die gesamte, anmaßende Informationspolitik der Diktatoren bis hin zur Unterwerfung des Rechts unter die Macht, wurde mit dieser Floskel von den angeblich höheren Zielen begründet, durch die alle Mittel gerechtfertigt seien.

Ich erinnere an den berüchtigten Generalstaatsanwalt Wyschinski (von 1935 bis 1939 war er der Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, also in der Zeit der großen Säuberungen). Man sagt ihm rhetorisches Geschick nach, zugleich aber war er auch von obszöner Grobheit: Sätze wie »Diese räudigen Hunde müssen erschossen werden« sind in seinen Gerichtsreden nachzulesen. Als maßgeblicher juristischer Vollstrecker der »Stalinschen Säuberungen« vertrat er den Standpunkt, dass Geständnisse wichtiger seien als die realen Sachverhalte, wohl wissend, dass sie mit Folter erzwungen wurden. Aber da alles Recht Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse sei, kann die Macht, die sich Macht der Arbeiterklasse nennt, als rechtens deklarieren, was ihrer Herrschaft dient. Diese Auffassung war für das Rechtsverständnis in den Ostblockländern bis zu ihrem Ende maßgebend.

In meinem Bücherschrank hat sich noch das »Kleine Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie« angefundnen. Dort ist unter dem Stichwort RECHT folgendes zu lesen: »Das sozialistische Recht ist nicht nur ein Mittel, die neuen sozialistischen Machtverhältnisse zu schützen, sondern es dient auch als Instrument der sozialistischen Erziehung.«<sup>3</sup> Recht soll die sozialistische Macht schützen. Recht wird zum Instrument sozialistischer Erziehung. Mit einer solchen Definition ist praktisch das Recht aufgelöst.

Für Wolfgang Ullmann, einem der wichtigsten Vertreter der Opposition, gehörte die systematische Zerstörung des Rechts zu den gravierendsten Verbrechen des SED-Regimes. Und das begann mit solcherart Definitionen, die nicht zufällig zustande kamen, sondern von höchster Stelle als marxistisch-leninistische Dogmen gesetzt waren. Aber – da sich die Semantik nicht von ideologischen, kons-

<sup>3</sup> Manfred Buhr, Alfred Kosing, Kleines Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie, Berlin 1974, S. 242.

truierten, offiziellen Begriffsdefinitionen von heute auf morgen verschieben lässt, konnten auch noch andere Vorstellungen von Recht und Wahrheit in der DDR fortbestehen oder überwintern.

Und wenn ich schon mal das ML-Wörterbuch aus meiner Jugendzeit aufgeschlagen habe, schaue ich gleich mal, wie der Begriff DIKTATUR definiert ist: Er fehlt! Nur die DIKTATUR DES PROLETARIATS ist hier zu finden. Ich will Sie nun nicht mit diesen ellenlangen Beschreibungen langweilen und zitiere deshalb nur eine Passage, die mir besonders bezeichnend erscheint: »Aus dem Inhalt und der Funktion der D. folgt, dass sie zugleich einen qualitativ neuen Typ der → Demokratie bildet, der sozialistischen Demokratie. Sie bezieht die werktätigen Massen in die Leitung und Planung des Staates....des gesamten gesellschaftlichen Lebens ...ein, usw. ... Daher ist die Diktatur nach einem Wort Lenins tausendmal demokratischer als die bürgerliche Demokratie.«<sup>4</sup>

Zum Glück lassen sich Wortbedeutungen nicht einfach dekretieren. Der Bevölkerung war klar, was eine Diktatur ist. Sie musste ja täglich erleben, wie das politische Diktat ausgeübt wurde, in allen Bereichen. Da konnten die Parteiideologen sich sprachlich verrenken und verdrehen, besonders ernst wurde das alles nicht genommen.

Allerdings, ein Student, der eine gute Note in Marxismus-Leninismus haben wollte, – und das war Pflichtfach in jedem Studium, – musste diese kruden Verbalkonstruktionen wiederkauen. Darunter litten besonders jene, die in diesen Nötigungen eine Verletzung ihrer Würde empfanden.

Die meisten DDR-Bürger hatten gelernt, ihre Sprache aufzuteilen in eine offizielle und in die Alltagssprache. Aber eine solche Strategie verlangte ein bestimmtes Maß an Selbstverleugnung. Manchen schien das belanglos, weil sie es nicht anders kannten, weil alle das taten, weil man sich als Einzelner eben unterordnen müsse. Anderen fiel es schwer und sie versuchten in den Westen zu kommen oder steuerten bewusst dagegen.

## DDR – BRD

In systemkritischen Kreisen wurde auf eine authentische Sprache geachtet. Das begann schon damit, dass die von den Machthabenden geprägten und geforderten Begriffe abgelehnt wurden. So sprach man z. B. von der DDR (*bzw. Ostdeutschland, dem Osten, oder der Zone*) und der Bundesrepublik Deutschland, *bzw. Westdeutschland oder dem Westen*). Das eigene Land waren nur die drei Buchstaben, die Abkürzung, der andere Teil Deutschlands wurde nicht abgekürzt. In der offiziellen SED-Sprache hieß es *Deutsche Demokratischer Republik* und BRD. Wer in Oppositionskreisen BRD sagte, machte sich verdächtig. Zone war allerdings ein ganz und gar verbotener Begriff, der nur im privaten Kreise von Leuten gebraucht wurde, die ihrer Wut Luft machen wollten. Das mag noch in der Frühzeit der DDR anders gewesen sein, aber in den 70er und 80er Jahren war der Begriff zum Schimpfwort geworden. Die Westdeutschen und Westberliner (es wurde kaum zwischen ihnen unterschieden) hießen in der Alltagssprache *Westler, Bundis, Wessis*, – natürlich auch Westdeutsche bzw. Westberliner. Offiziell wurden sie hingegen als Bürger der BRD bzw. Westberlins bezeichnet.

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 69.



## Eine Sprache?

Trotz der vier Jahrzehnte deutscher Teilung ist die deutsche Sprache das einigende Band geblieben. Es sind keine zwei Sprachen entstanden, wie zuweilen behauptet. Zwar haben sich in den unterschiedlichen Systemen in der DDR und der Bundesrepublik einige sprachliche Besonderheiten herausgebildet. Verschiedene Begriffe wurden gebildet oder aus traditioneller Sprache übernommen, semantische Verschiebungen, veränderte Sprachstile und Sprachgewohnheiten sind entstanden.

Das ist zuweilen bis heute noch spürbar. Hinzu kommen die mundartlichen Eigenheiten und Dialekte, die es zu unterscheiden gilt von den systembedingten Prägungen.

Die größte sprachliche Differenz gibt es zwischen der Sprache der SED, die für Verlautbarungen und Propagandareden gebraucht wurde und der in der Bundesrepublik gebräuchlichen Sprache, die mit der Alltagssprache in der DDR einen sehr viel höheren Grad an Übereinstimmung zeigt.

Die Propaganda-Sprache war sinnentleert, formelhaft, stereotyp. Das war in allen Ostblockstaaten wahrzunehmen. Die Sprache der Machthaber war der Lebenswirklichkeit entfremdet.

## Sprachpolitik

Solange in der DDR noch »Deutschland, einig Vaterland« in der Nationalhymne gesungen wurde, war auch offiziell nicht von getrennter Sprache die Rede. Im Gegenteil. Johannes R. Becher, der erste Kulturminister der DDR, wies alle Unkenrufe hinsichtlich einer sich auseinander entwickelnden deutschen Sprache scharf zurück. »Wenn davon die Rede ist«, - so Becher - »dass wir Deutschen bereits eine verschiedene Sprache sprechen, und die Sprache im Osten nicht mehr verständlich sei der im Westen und umgekehrt, so wollen wir, entgegen diesem schädlichen Gerede, ebenso, wie wir uns zu einem einheitlichen Deutschland bekennen, gerade heute und hier uns feierlich zu unserer einen deutschen Sprache bekennen, die, so verschiedenartig ihre Dialekte auch sein mögen, in allen vier Himmelsrichtungen unseres Vaterlandes immer noch trotz alledem, was ihr geschehen ist, die eine, gleiche deutsche Sprache ist und von der wir nicht lassen werden als unserem kostbarsten Wesensgut.« (November 1949, Rede vor Intellektuellen)<sup>5</sup>

Auch für Victor Klemperer, (1946 kam sein LTI – Lingua Tertii Imperii heraus) war die deutsche Sprache »das Gemeinsame, auch wo sonstige Verschiedenheiten bestehen...«<sup>6</sup>

Erst 1970, auf dem 13. ZK-Plenum, kündigte Walter Ulbricht die sprachliche Gemeinschaft der Deutschen auf. »Sogar die einstige Gemeinsamkeit der Sprache ist in Auflösung begriffen. Zwischen der traditionellen deutschen Sprache Goethes, Schillers, Lessings, Marx' und Engels', die von Humanismus erfüllt ist, und der vom Imperialismus verseuchten und von den kapitalistischen Monopolverlagen manipulierten Sprache in manchen Kreisen der westdeutschen Bundesrepublik besteht eine große Differenz. Sogar gleiche Worte haben oftmals nicht mehr die gleiche Bedeutung.«

Die behauptete Sprachspaltung rief im Westen heftige Reaktionen hervor. Gleichwohl änderte sich damit an der tatsächlichen Sprachentwicklung kaum etwas. Ob von *Fabrerlaubnis* oder *Führerschein*, von

<sup>5</sup> Johannes R. Becher, Das Deutschland des Friedens siegt, in: ND 29.11.1049, zitiert nach: Wolf Oschlies, Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR, Berlin 1989, S. 28f.

<sup>6</sup> Wolf Oschlies, Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR, Berlin 1989, S. 30.

*Feierabendheim* oder *Altersheim*, von *Astronauten* oder *Kosmonauten*, von *Staatsangehörigkeit* oder *Staatsbürgerschaft* die Rede war, das blieb für die Verständigung belanglos, und ist belanglos bis heute.

Aber dieses Zitat ist für sich genommen ein Zeugnis kalter Kriegsrhetorik, die man allerdings in der Bundesrepublik bis zu dieser Zeit in ähnlicher Weise wahrnehmen konnte.

In der Folgezeit waren manche Wissenschaftler bemüht, die Wunschvorstellungen der politischen Machthaber in entsprechende Theorien zu gießen. Dies umso mehr, als Honecker auf seine These von der DDR als eigenständige Nation zuing. In der »Sprachpflege« wurde bereits 1978 das »*neue(n) Gefüge sprachlicher Existenzformen in der DDR*« behauptet.<sup>7</sup> Und im »Forum« war 1981 von einer »*eigenen Norm der deutschen Literatursprache in der DDR*« die Rede, die sich demnächst zur »*völlig eigenständigen Sprache ausgliedern*«<sup>8</sup> würde.

Aber diese sprachliche Abgrenzung scheiterte, wie auch der Versuch die Nation zu teilen. Außerhalb des veröffentlichten Sprachgebrauchs fand dieser Wandel nicht statt. In der politischen Agitation der SED eingeführte Sprachregelungen wurden von der Bevölkerung nur spärlich übernommen: aus Abneigung gegenüber den Machthabern, aus sprachästhetischen Gründen, aus einer bürgerlich-konservativen Haltung heraus, oder weil der westdeutsche Spracheinfluss, vor allem über Fernsehen und Rundfunk, sich gegenüber den ausgedörrten Worthülsen in den DDR Medien behaupten konnte. Lexikalische Differenzen blieben weitgehend auf offizielle politisch-ideologische Aussagen beschränkt.

Lediglich um sich vor anderen als parteiergeben zu präsentieren, wurden die Propagandafloskeln verwendet. Selbst SED-Funktionäre, – die einfachen SED-Mitglieder ohnehin, – gebrauchten privat andere Begriffe und Wendungen als im öffentlichen oder parteiinternen Raum.

Mediensprache und Umgangssprache klappten deutlich auseinander, das ist sicher das besondere Charakteristikum der Sprachkultur in der DDR. Ich nehme an, dass es diese Differenz zwischen offizieller und Alltagssprache in allen Ostblockstaaten gab. Je näher sich Menschen dem System verbunden fühlten bzw. in SED-Zusammenhänge einflochten waren, desto mehr färbte der offizielle Sprachgebrauch allerdings auch die Alltagssprache ein. Das führte dazu, dass sich Menschen an ihrem Sprachgebrauch erkannten.

## Sprachregelungen für Journalisten

Die Partei erließ für die Publizistik und für die eigenen Agitatoren einige Sprachregelungen, das bekanntest Beispiel ist der »*antifaschistischer Schutzwall*« für die Mauer. Ein anderes ist der *Kundschafter* für die Spione sozialistischer Geheimdienste im Ausland.

Darüber hinaus galten bestimmte Sprachwendungen für den offiziellen Sprachgebrauch als verbindlich. Mit einem Abweichen von diesen Normen wurde eine Distanz zum realsozialistischen System bis hin zu einer deutlichen Ablehnung signalisiert. Das konnte unbewusst geschehen und für z. B. für Journalisten negative berufliche Konsequenzen haben. Sie outeten sich damit als »westlich beeinflusst«. Aber von vielen wurde die Abgrenzung von der Propagandasprache der Partei auch bewusst eingesetzt. Auf der Metaebene wurde damit ausgedrückt: »Ich lasse mich nicht vereinnahmen. Ich denke selbstständig.«

<sup>7</sup> Sprachpflege Nr. 1, 1978, S. 1–6. (Zitiert nach Oschlies)

<sup>8</sup> Forum Nr. 3/1976, S. 10ff. (zitiert nach Oschlies)



Manchmal wurde das »*Zeitungsdeutsch*«, wie es genannt wurde, oder »*ND-deutsch*« auch ironisch verwendet. Weil bei einer ironischen Verwendung bestimmter Floskeln der Nachweis eines normwidrigen Sprachgebrauchs schwierig war, wurde diese Methode zu einem beliebten Stilmittel, sich aus der Affäre zu ziehen, wenn eigene Position und geforderte Bekundung auseinanderklafften. Dass etwas lediglich ironisch gemeint war, mag aber auch in manchen Fällen eine Schutzbehauptung gewesen sein, um sich des Opportunismusverdachts zu erwehren.

Zwar gab es in der DDR offiziell keine Zensur, (wie z. B. in Polen), aber ihre Existenz zu verleugnen gehörte damals (wie zuweilen heute noch) zu den propagandistischen Lügegebäuden.

Robert Havemann schrieb dazu: »Obwohl es keine Zensurbehörde gibt, können in der DDR weder in Zeitungen und Zeitschriften noch im Radio oder Fernsehen, nicht im Theater und Kino, auf keiner Kulturveranstaltung, nicht einmal beim Kindergärtnerverein Immergrün auch nur ein Wort und eine Zeile gesagt oder gesungen werden, die nicht direkt oder indirekt den Filter der Staats- und Parteikontrolle durchlaufen haben. Und dieser Filter ist sehr eng.«<sup>9</sup>

Die Leitlinien für die Medienarbeit wurden im SED-Politbüro festgelegt, von dort aus erfolgten die Weisungen, nicht nur an die SED – eigenen Medien, sondern an alle, worüber in welcher Weise zu berichten ist und was verschwiegen wird. Das ging bis zu Vorgaben einzelner Formulierungen.

Günter Schabowski schreibt in seinem jüngst erschienen Interviewband »Wir haben fast alles falsch gemacht«<sup>10</sup>, dass sich mit der Machtübernahme Honeckers einige Richtlinien geändert hatten. Zum Beispiel durfte von nun an auch mal von Unfällen und Katastrophen im sozialistischen Machtbereich geschrieben werden. Aber Schabowski fügt hinzu, dass »*die Sucht des Systems nach Apologie ... schon Mitte der 70er Jahre dazu (führte), dass wir (die Redakteure, U.P.) in alte Gewohnheiten zurückfielen.*« Ein drastisches Beispiel dafür ist Tschernobyl: Die von TASS übernommene Meldung über die Reaktor-Katastrophe war 12 Zeilen lang und erschien in allen Zeitungen auf Seite 5. Sie lautete:

»Havarie im ukrainischen Kernkraftwerk

Moskau (TASS). Im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine hat sich eine Havarie ereignet. Einer der Kernreaktoren wurde beschädigt. Es werden Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen ergriffen. Den Betroffenen wird Hilfe erwiesen. Es wurde eine Regierungskommission eingesetzt. ...«

Es ist anzunehmen, dass sich die SED nur dadurch überhaupt zu einer Meldung genötigt sah, weil die Menschen durch die Informationen aus den Westmedien seit Tagen beunruhigt waren.

Die Leser hatten sich schon daran gewöhnt, auch aus unterschlagenen Informationen ihre Schlüsse zu ziehen. »*Man wusste*« – so Schabowski- »*wenn weitbin Bekanntes nicht mitgeteilt wurde, musste dahinter etwas Granierendes stecken.*« Er verglich die Berichterstattung mit »*einer Art Schattenboxen mit gegnerischen Argumenten, die aber nicht genannt wurden, weil man Meinungen des Gegners keine Bühne geben wollte.*« Schabowski erzählt von Leserbriefen mit Nachfragen, gegen was oder wen ein Kommentar eigentlich ziele. Allen Ernstes sei den Lesern das Lesen »zwischen den Zeilen« empfohlen worden.

Ich habe Anfang der 80er Jahre noch einmal ein Fernstudium begonnen, zu dem wie üblich ML, also Marxismus-Leninismus gehörte. Der ML-Dozent trug uns eine Reihe von Argumenten vor, mit denen

<sup>9</sup> Robert Havemann, Über Zensur und Medien, in: berliner Schriften, Hrsg. Andreas Mytze, , 2. Auflage, München 1978, S. 99f.

<sup>10</sup> Günter Schabowski im Gespräch mit Frank Sieren, Wir haben fast alles falsch gemacht, Berlin 2009, S. 231ff.

er begründete, dass das Buch von Rudolf Bahro »Die Alternative« falsche Marx-Interpretationen enthalte und überhaupt ein Machwerk des Klassenfeindes sei. Bahros Band war allerdings nur im Westen erschienen und seine Einfuhr in die DDR gesetzwidrig. Wir dürften es eigentlich nicht kennen. *Schattenboxen*. Uns wird beigebracht was richtig und falsch ist, ein eigenes Urteil müssen wir uns nicht bilden, wir sollen gar nicht erst die Chance haben, es zu versuchen. Das war die Entmündigung, die im Herbst 1989 so voller Bitterkeit zur Sprache kam. Deshalb hieß es auch: *Ein Volk ist erwachsen geworden*.

Ebenso war die verlogene Berichterstattung eine der Ursachen für den angestauten Unmut der Bevölkerung Ende der 80er Jahre. Der Systembankrott war in allen Bereichen unübersehbar geworden, nur in den offiziellen Verlautbarungen reihten sich nach wie vor gebetsmühlenhaft die Erfolgsmeldungen an einander. Die Menschen klagten nicht nur über die mangelnde Information, – vieles ließ sich ja aus dem Westen kompensieren – sie empfanden die Berichterstattung als beleidigend. Die Zeitungsläser werden zu für dumm verkauft. Glauben die da oben, wir haben keine Augen im Kopf?

## Samisdat

Das freie Wort war die schärfste Waffe der Opposition. Anfang der 80er Jahre bildete sich mit einer Vielzahl oppositioneller Gruppen eine Friedensbewegung in der DDR heraus. Zu deren Selbstverständnis gehörte es, das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, als sei es gewährt. Die Verzerrungen und Lügen, an die sich die DDR-Bevölkerung schon fast gewöhnt hatte, sollten aufgedeckt werden. Das hieß vor allem, der Doppelzüngigkeit abzusagen und dem formelhaften Verlautbarungsdeutsch eine authentische Sprache entgegenzusetzen.

Bestärkt wurde die Opposition durch Václav Havels bahnbrechende Schrift »*Versuch, in der Wahrheit zu leben*«<sup>11</sup>. Bahnbrechend, weil er darin die Funktion der Ideologie im posttotalitären Regime so wunderbar beschreibt. Das Regime hat Havel zufolge nicht nur die einfache Machterhaltung zum Ziel, sondern dieser Selbsterhaltungsdrang ist einem »höheren Ziel« untergeordnet, das von den Menschen getragen werden soll und dem sie zu dienen haben. Die Ideologie ist die Brücke zwischen der Macht und den Menschen. Er nennt das »alibistische« Funktion. Die Ideologie täuscht vor, »*dass die Ansprüche des Systems aus den Bedürfnissen des Lebens entstehen*.«<sup>12</sup> Das System verfolgt den Menschen »*in ideologischen Handschubsen*«. Deshalb sei »*das Leben in diesem System von einem Gewebe aus Heuchelei und Lüge durchsetzt: Die Macht der Bürokratie wird Macht des Volkes genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird die Arbeiterklasse versklant; die allumfassende Demütigung des Menschen wird für seine definitive Befreiung ausgegeben; Isolierung von der Information wird für den Zugang zur Information ausgegeben; die Manipulierung durch die Macht nennt sich öffentliche Kontrolle der Macht; und die Willkür nennt sich Einhaltung der Rechtsordnung; ... Unfreiheiten des Wortes für die höchste Form der Freiheit; die Wahlposse für die höchste Form der Demokratie; Verbot des unabhängigen Denkens für die wissenschaftliche Weltanschauung, Okkupation für brüderliche Hilfe. Die Macht muss fälschen, weil sie in eigenen Lügen gefangen ist. Sie fälscht die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft*.«<sup>13</sup>

Vor allem seit Mitte der 80er Jahre entstand eine Reihe von Untergrundliteratur, SAMISDAT (dt.: Selbstverlag) genannt. Im Westen wurden diese Schriften, z. B. »Grenzfall«, »Umweltblätter«, »Aufrise«, »Kontext«, »Ostkreuz«, »Friedrichsfelder Feuermelder« und »Arche Nova« – um nur einige zu nennen, – nur selten wahrgenommen. Der SAMISDAT war mehr als der selbst verfasste Text, der

<sup>11</sup> Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Hamburg 1980.

<sup>12</sup> Havel, ebenda, S. 17.

<sup>13</sup> Havel, ebenda, S. 17f.

selbst gedruckt und verbreitet wurde und für den man u. U. selbst ins Gefängnis kam. Damit wurde das Informationsmonopol der SED im eigenen Land gebrochen, eine Gegenkultur geschaffen und die Stimme der Opposition hörbar gemacht.

Die Staatssicherheit beauftragte Anfang 1988 über den Generalstaatsanwalt drei Berliner Professoren mit einem Gutachten über die strafrechtliche Relevanz des »Grenzfall«, die Zeitung der Initiative Frieden und Menschenrechte. »Die Zielsetzungen des ›Grenzfall‹«, heißt es in diesem Gutachten, »ordnen sich strategisch ein in die vom imperialistischen Ausland, insbesondere von der BRD, ausgehenden Versuche, in der DDR so genannte eigenständige – oder Basisgruppen zu installieren, die unter dem ›Dach‹ der Kirche, und im Namen des Friedens und der Menschenrechte subversive Arbeit gegen die sozialistische Gesellschaft, insbesondere gegen ihren Staat und dessen Organe betreiben. ... ›Grenzfall‹ verschweigt konsequent die wesentlichen und fundamentalen Vorzüge und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR und benutzt Alltagsprobleme der Sozialismusgestaltung als Ansatzpunkte für Herabwürdigungen, Schmähungen, Verleumdungen und feindliche Angriffe gegen den Sozialismus in der DDR. Eine wesentliche Rolle spielt bei den Darstellungen in ›Grenzfall‹ die Verfälschung der neueren Geschichte, um Revolutionäres in Konterrevolutionäres und Konterrevolutionäres in Revolutionäres umzumünzen.«<sup>14</sup>

Welch eine Sprache! So haben linientreue Lehrstuhlinhaber ihr Urteil über eine Untergrundzeitung formuliert, Professoren, durch deren Lehre Generationen von Studierenden gegangen sind!

In den meisten Ländern Ostmitteleuropas war der SAMISDAT verbreitet. Er zeugt von den emanzipatorischen Vorstellungen und Ansprüchen, von gegenkulturellen Entwürfen, von Poesie und Ästhetik der Dissidenten. »Es ist, als würdest Du neben gepanschem ein Glas unverfälschten Weines trinken«- beschrieb György Konrád rückblickend den SAMISDAT.<sup>15</sup>

Die Oppositionellen bemühten sich bewusst um eine andere Sprache. LTI von Victor Klemperer wurde mit Begeisterung gelesen und immer hieß es, jemand müsse mal die »Lingua DDR« schreiben, – aber in dieser Kompaktheit ist das nie gelungen. In mehreren Schriften wird Kritik an der SED-Sprache geübt und im SAMISDAT gibt es einen bemerkenswerten Aufsatz von Dorothea Hoeck zum Verhältnis von Propagandasprache und Herrschaft<sup>16</sup>. Außerdem setzen sich einige DDR-Schriftsteller damit auseinander, – vor allem Franz Fühmann. Hoeck zitiert ihrem Beitrag einige Begriffsdefinitionen aus dem »Taschenlexikon für Zeitungsleser«. Ich greife zwei heraus:

»... Freiheit besteht in der Einsicht des Menschen in die objektive Notwendigkeit und der darauf beruhenden Fähigkeit, die Gesetzmäßigkeiten mit Sachkenntnis bewusst anzuwenden und auszunutzen. ... Das ist erst im Sozialismus möglich....«

»Holocaust: steht heute vor allem als Synonym für Völkermord. ... Mit Holocaust wird gelegentlich auch der Ausrottungsfeldzug der israelischen Imperialisten gegen das palästinensische Volk beschrieben.«

Es ist nicht anzunehmen, dass viele Zeitungsleser in einem solchen Lexikon nachgeschlagen haben. Daher war der Versuch, bestimmte Begriffe ideologisch zu besetzen und propagandistisch zu vereinbaren nur sehr begrenzt erfolgreich. Die Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit zu postulieren (unter Berufung auf Hegel) hat übrigens vor allem Spott provoziert und Witze entstehen lassen.

<sup>14</sup> Vollständiger Abdruck des Gutachtens im Deutschlandarchiv 26 (1993)5, S. 625ff.

<sup>15</sup> György Konrád, Rückblick auf den Samizdat 1989, in Samizdat, Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa, die 60er bis 80er Jahre, Bremen 2000, S. 20, zitiert nach Kowalczyk.

<sup>16</sup> Dieser Aufsatz ist abgedruckt in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit, Politischer Samizdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2003, S. 230ff.

Die Definition für Holocaust ist erschreckend. Ich habe übrigens den Begriff gar nicht gekannt, bis der gleichnamige amerikanische Dokumentarfilm im Fernsehen lief.

Auch der Begriff *Jude* kam in meiner Kindheit und Jugend praktisch nicht vor, nur im Plural, als Opfergruppe, neben anderen. Von einer internationalen Schriftstellerkonferenz etwa Mitte der 80er Jahre wird folgendes erzählt: Mehrere Teilnehmer berichten voller Sorge von einem aufkommenden Antisemitismus in ihren jeweiligen Ländern. Einer der DDR-Schriftsteller meldet sich zu Wort und erklärt, in der DDR gäbe es keinen Antisemitismus mehr, dieser sei mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Sein Sohn, 10 Jahre alt, wisse nicht einmal mehr, was ein Jude überhaupt ist. Die Anwesenden waren schockiert.

In meinem Freundeskreis gab es einige, die aufhörten, die DDR-Zeitungen zu lesen, um sich ihre Sprache nicht zu verderben. Ich hatte das ND sogar abonniert, weil ich verfolgen wollte, welche propagandistischen Direktiven zur bestimmten Ereignissen und Entwicklungen ausgegeben werden. Manchmal habe ich mir sogar die an die Parteifunktionäre ausgegebenen Argumentationshilfen besorgt. Allerdings war diese Lektüre schwer verträglich und ich bin nicht sicher, inwieweit diese Worthülse geflechte meine Sprache beeinflusst haben.

## Spruchbänder

Wie in allen Ostblockländern waren wir umgeben von Spruchbändern und Parolen. Sie hingen überall und wir nahmen sie kaum noch wahr. Im letzten Kuhdorf wurde zum Kampf gegen die Neutronenbombe aufgerufen. Durch die ständige Wiederholung und die oft unsinnigen Platzierungen wurden die Parolen völlig sinnentleert.

Von 1965 gibt es einen Stasibericht: Vorkommnisse bei den Kranzniederlegungen zum Tag der Opfer des Faschismus im Bezirk Neubrandenburg. Anlass für einen ausführlichen Untersuchungsvorgang der Staatssicherheit war, dass in mehreren Fällen Kränze niedergelegt wurden, deren Kranzschleifen die Aufschrift trugen: »*Ruhm und Ehre den Kämpfern des Faschismus*«. Es stellte sich alles als ein Versehen heraus, einmal verursacht durch die Frau des Gärtners ein anderes Mal durch den Gärtnerlehrling. Den Funktionären der Betriebe, die die Kränze in Auftrag gegeben hatten, fiel die fehlerhafte Beschriftung nicht auf und sie legten die Kränze nieder. Offensichtlich schauen auch die anderen Anwesenden nicht auf die Schriftzüge.<sup>17</sup> Die Menschen waren bereits so abgestumpft, dass das niemandem mehr auffiel.

## Sprachbesonderheiten in der DDR

Ich möchte zum Schluss noch ein paar Besonderheiten im Sprachgebrauch der DDR nennen, auf die ich in den letzten 20 Jahren gestoßen bin oder auf die mich Freunde aufmerksam gemacht haben.

- Gern haben sich die kommunistischen Machthaber auch eines religiösen Sprachgebrauchs bedient. Gegner werden als »*scheinheilige Menschenrechtsapostel*« und »*Anbeter der Totalitarismuskonzeption*« bezeichnet und als Lügner von »*jesuitischer Raffiniertheit*«<sup>18</sup>.

---

<sup>17</sup> Horch und Guck, Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur, Heft 65, 3/2009, 1. September 2009, Fundstücke S. 81.

<sup>18</sup> Dorothea Höck, »Sprache, die für dich dichtet und denkt«. Zum Verhältnis von Propagandasprache und Herrschaft«, in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit, Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2003, S. 241.

- Kurz nach der Wiedervereinigung mussten alle Ostdeutschen das Briefeschreiben neu lernen. Die Anrede: »*Werter Herr ...*«/ »*Werte Frau ...*« galt hier im Westen als völlig inakzeptabel. In der DDR war dies im offiziellen Schriftwechsel durchaus gebräuchlich. Manche schrieben auch noch aus alter Tradition »*Sehr geehrter ...*«, aber dann musste unbedingt unter dem Brief stehen: »*Hochachtungsvoll*«. Da die Partner im offiziellen Briefwechsel alle zu den Werktätigen gehörten, die – so konnte man annehmen, in der Einheitsgewerkschaft organisiert waren, wurde vielfach auch geschrieben: »*Werte Kollegin...*«/ »*Werter Kollege...*«
- Auffällig war auch der Gebrauch aus dem Militärischen entliehener Wörter, die zumeist auch Eingang fanden in die Alltagssprache: *Brigade, Pionier, Truppe, Manöver, Gulaschkanone, Spalierstehen, Essenfassen, Trittfassen, Gewehr bei Fuß stehen, Marschieren, Antreten, Zapfenstreich, Reih und Glied, Fabnenappell, Dispatcher, Diversant/ Diversion, Getränkestützpunkt*, – sicher gab es noch einige andere. Ein viel verwendeter Ausdruck war der *Kampf*. Gekämpft wurde für gute Noten in der Schule, am Arbeitsplatz für den Frieden, auf der 1. Mai-Demonstration gegen den Imperialismus, im Betrieb für die Planerfüllung.
- Ein häufig gebrauchtes Wort ist »*Durchstellen*«. Statt *veranlasst* oder *in die Wege geleitet* wird durchgestellt. Das erinnert an eine Befehlsstruktur. Häufig genug entsprach dieser Begriff ja auch der tatsächlichen Verfahrensweise. Als Frau Merkel vor vier Jahren versehentlich den Begriff »*durchregieren*« fallen ließ, ging ein Aufschrei durch die Medien. Sie erinnern sich vielleicht.
- Eine ebenfalls oft gebrauchte und eigentlich entlarvende Bezeichnung ist die »*Einstellung*«. Er hat eine »*positive Einstellung*« zu unserem Staat. Er ist gegenüber dem Staat »*negativ eingestellt*« konnte man in offiziellen Beurteilen lesen. Das klingt, als könne man eine Stellschraube im Kopf herumdrehen.
- Bis heute wird in den neuen Bundesländern mehr als in den alten die Wendung gebraucht: *jemanden auf etwas orientieren*. Auch das ist, m. E. ostdeutscher Provenienz. Es erinnert auch etwas an die Stellschraube im Gehirn.
- Auffällig im DDR-Zeitungsdeutsch war die Aneinanderreihung von Genitivkonstruktionen. Da immer alle Funktionen eines Funktionsträgers genannt werden mussten, ließ sich das mitunter auch kaum vermeiden. Aber auch heute ist die Neigung zu Genitivreihen noch östlich der Elbe verbreiteter.
- Die Begriffe *Arbeitnehmer* und *Arbeitgeber* gab es in der DDR nicht. Sie wurden nur als Beispiel für die Funktionalisierung von Sprache im Kapitalismus genannt, weil damit die wahren Verhältnisse verschleiert würden. Der Unternehmer nimmt ja doch die Arbeit von seinen Beschäftigten und diese geben sie gegen Lohn ab. Ausnahmsweise halte ich diese kritische Begriffsprüfung für gar nicht mal so falsch.
- Bis heute wird auch noch häufig von »*WIR*« geredet, obwohl unklar bleibt, wer darin eingeschlossen ist. Ulbricht sprach von der sozialistischen Menschengemeinschaft, Honecker wollte eine eigenständige DDR-Nation. Alle kommunistischen Führungen versuchten die Interessenunterschiede zu nivellieren. In der Sprache wurden die Individuen durch das alles einschließende Possessivpronomen vereinnahmt. *Unsere Kinder, unsere Frauen, unsere Mütter, unsere Jugend, unsere Arbeiter...*
- Die Kehrseite dieser Eingemeindungen ist die Bangigkeit, »*ICH*« zu sagen. Anfang der 90er Jahre fiel es mir besonders auf. Die Ostdeutschen erkannte man daran, dass sie immer »*man*« statt »*ich*« oder »*wir*« sagten. »*Man musste ja, man konnte ja nicht anders. Man war ja froh wenn..., man war ja gezwun-*



*gen....« Oder, wenn wirklich die eigene Meinung gefragt war, wurde hinzugefügt: Ich persönlich denke, dass..., oder: meine persönliche Meinung ist, ... Als ob es immer noch einen Unterschied gäbe zwischen meiner Meinung und meiner persönlichen Meinung.*

Schließlich ist auch immer noch spürbar, das die Ostdeutschen, jedenfalls die älteren Jahrgänge, rhetorisch ungeübter sind, sich direkter und auch emotionaler ausdrücken und die Rituale beim Small Talk nicht beherrschen. Natürlich gibt es Ausnahmen. Wolfgang Thierse hat m. E. eine gute, erfrischende Sprache in den Bundestag gebracht, auch Werner Schulz.

Es wird sicher noch einige Zeit dauern, bis die sprachkulturellen Unterschiede in West und Ost nicht mehr wahrnehmbar sind. Die vordergründig ideologisch-propagandistischen Prägungen aus der Diktaturzeit sind ziemlich schnell verschwunden, eigentlich schon mit der Revolution. Auf vielen Transparenten und Plakaten in dieser Zeit wurden die Propagandasprüche der SED persifliert:

*»Die Demokratie in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf«, »Privilegierte aller Länder, beseitigt euch!«, »Von der Sowjetunion lernen heißt siechen lernen«, »Wie wir heute demonstrieren werden wir morgen leben«, »Für Reformen unsere Kraft – Stasi in die Volkswirtschaft«.*

Deshalb will ich zum Schluss noch einen Auszug aus in Erinnerung rufen: *»Jede revolutionäre Bewegung befreit auch die Sprache«, so Christa Wolf auf der Kundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz. »Was bisher so schwer auszusprechen war, geht uns auf einmal frei über die Lippen, wir staunen, was wir offenbar schon lange gedacht haben, was wir uns jetzt zurufen: Demokratie – jetzt oder nie!, ... Soviel wie in diesen Wochen ist in unserem Land noch nie geredet worden, miteinander geredet worden, noch nie mit dieser Leidenschaft, mit so viel Zorn und Trauer und mit so viel Hoffnung.«*